

Neue Wege vor 50 Jahren

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **93 (1999)**

Heft 4

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



VOR 50 JAHREN

Hugo Kramer zur Gründung der Nato

Der Atlantikbund

Knapp vor Drucklegung unserer Rundschau ist in Washington der Nordatlantikpakt feierlich unterzeichnet worden. Er beruht, wie man weiss, auf der Voraussetzung, dass die Sowjetunion beständig sprungbereit dastehe, um Westeuropa zu überfallen, und hat zum Zweck, durch die *Verpflichtung* der Vertragsteilnehmer zu *gemeinsamer Verteidigung* gegen jeden Angriff auf irgendein Bundesglied diese Gefahr auf ein Mindestmass herabzudrücken. Die Idee des Paktes ist also durchaus klar. Was bedeutet er nun aber *praktisch* und *real*, wir meinen über die blosser Erwartung hinaus, dass die Gewissheit eines Eingreifens der Vereinigten Staaten die Sowjetunion von einem Angriff auf Westeuropa von vornherein abhalten werde? Die Antwort ist nur zu einfach: Der Atlantikpakt bedeutet vorerst als greifbare Garantie erhöhter Sicherheit für die europäischen Bundesglieder noch gar nichts. Der Vertragstext sieht nicht einmal die automatische Auslösung der amerikanischen Intervention im Falle eines Angriffs auf einen westeuropäischen Staat vor; die Entscheidung über den Eintritt des Bündnisfalles behalten sich die verfassungsmässig dazu berufenen Behörden der Vereinigten Staaten selbst vor. Aber auch wenn, wie zu erwarten, diese Entscheidung sehr schnell und in bejahendem Sinn getroffen würde, wären ihre Auswirkungen *beim Fortbestehen des heutigen Kräfteverhältnisses in Europa* höchst unsicher. Denn was geschähe denn in diesem Fall? Die amerikanisch-britische Luftwaffe würde zwar sofort die schwersten Atombombenangriffe auf die Sowjetunion ausführen – wie die United Press unlängst meldete, sind nach Aussagen «massgebender amerikanischer Militärs» bereits «70 Objekte als Ziele für die B 36 mit ihrem Aktionsradius von 8000 Kilometern für Nonstopretourflüge bezeichnet worden» – und könnte zweifellos die russischen Industrie-, Verkehrs- und Verwaltungszentren aufs grauenhafteste verwüsten, wenn nicht ganz «ausradieren». Von einem Nachstossen westmächtlicher Bodendarmeen nach Russland hinein – und erst eine solche Operation könnte den Krieg entscheiden – wäre aber unter den gegenwärtigen Bedingungen keine Rede; die Westmächte müssten im Gegenteil die verhältnismässig schwachen Kräfte, die sie jetzt in Deutschland stehen haben, schleunigst hinter den Rhein zurückzuziehen suchen – ein neues Dünkirchen – und dann zwischen Basel und Bremen einen breiten deutschen Landstreifen so vollkommen zerstören, dass der russische Vormarsch womöglich zum Stehen gebracht oder doch sehr verlangsamt würde. Sollten die Sowjetarmeen trotzdem bis zum Atlantik vordringen, so müssten die Westmächte von England, Spanien und Nordafrika aus – denn auch Italien stünde dann den Russen offen – die Wiedereroberung des festländischen Europa organisieren, was im besten Falle ein paar Jahre beanspruchen und ziemlich sicher die zu «befreienden» Länder in Schutt und Asche legen würde.

Ein neuer Rüstungswettlauf

Wollen es aber die Westmächte – und das heisst die Vereinigten Staaten – nicht so weit kommen lassen, dann bleibt ihnen, um den Atlantikpakt wirksam zu machen, nichts

anderes übrig als unverzüglich ihre europäischen Streitkräfte so gewaltig zu verstärken, dass sie nicht nur einen russischen Vorstoss gegen Westen zu zerschlagen, sondern den Angriff ihrerseits nach Russland hineinzutragen vermöchten. Das hiesse aber, dass die Amerikaner zu ihren jetzt in Deutschland stehenden Truppen hinzu mindestens eine Million Mann mit dem ganzen zugehörigen Apparat nach Europa werfen und ausserdem ihre atlantischen Bundesgenossen, von denen einige militärisch ganz ohnmächtig sind, mit Kriegsmaterial auf Jahre hinaus sehr reichlich ausstatten müssten...

Zum zweiten ist aber völlig klar, dass der zu erwartende neue Rüstungswettkampf eine *internationale Spannung* erzeugen wird, die über kurz oder lang auch zu einem neuen *Krieg* zu führen droht. «Man rüstet, um den Nachbarn zu beeindrucken, der rüstet, um sich nicht beeindrucken zu lassen. So hält man die verhängnisvolle Furcht wach, die die Leute verhindert, an den Frieden zu denken und ihn vorzubereiten» (Henri Tanner in der «Suisse Contemporaine») ...

Gewaltfreier Widerstand als Alternative

Ob die Völker aber nicht doch noch rechtzeitig erwachen und den ganzen Lug und Trug der militärischen Friedenssicherung empört von sich tun? Die Lage wird tatsächlich immer offenkundiger reif für eine umfassende Bewegung *direkten Widerstandes gegen den Krieg und die Vorbereitung darauf*...

Man komme uns ja nicht mit dem bössartigen Geschwätz vom Landesverrat, den eine derartige Haltung darstelle. Solche Demagogie verdient überhaupt keine Erwiderung. Man erhebe aber auch nicht den billigen Einwand, der «weltfremde Idealismus» einer Aktion, wie wir sie im Auge haben, würde Westeuropa nur der Gewaltherrschaft des bolschewistischen Untermenschentums ausliefern. Den glaubenslosen «Realisten» die so sprechen, antworten wir mit einer dreifachen Feststellung:

1. Die Vorstellung von einem gierigen Sowjetimperialismus, der nur darauf lauere, über ein wehrloses Westeuropa herzufallen, ist kindisch und unwürdig. Die Aussenpolitik der Sowjetunion in den 30 Jahren ihrer bisherigen Existenz war – von der kurzen Periode weltrevolutionärer Träume abgesehen – wesentlich durch die Notwendigkeit der *Verteidigung* und Sicherung des neuen Staatsgebildes gegen auswärtige Intervention und Bekriegung gekennzeichnet.

2. Sollte aber die Führung der Sowjetunion wirklich so verblendet sein, um Westeuropa militärisch besetzen zu lassen, so wären die gleichen moralischen Kräfte, die Abrüstung und Nichtkriegführung erzwungen hätten, stark genug, um auch die russisch-kommunistische Militärherrschaft durch *gewaltlosen Widerstand* zu brechen...

3. Ein abgerüstetes, im guten Sinne neutrales, das heisst nicht in einen Krieg zwischen den beiden grossen Weltmächten einzuspannendes Westeuropa wäre auch ein *sozialistisches* Westeuropa. Die aus dem Kapitalismus geborenen Kräfte, die immer wieder die westliche Welt gegen die Sowjetunion gestellt haben, wären damit grundsätzlich überwunden und zum erstenmal die Aussicht auf die Umwandlung des feindseligen Verhältnisses zwischen den beiden Hälften Europas in eine friedliche Zusammenarbeit eröffnet. Das bedeutet aber, dass die «Nie wieder Krieg»-Bewegung, die wir erwarten, sich auch die wirtschaftliche und politische Unabhängigmachung Westeuropas vom hochkapitalistischen Amerika zum entschlossen verfolgten Ziel setzen muss. Jetzt macht die ungeheure Belastung der westeuropäischen Länder durch Rüstungsausgaben die wirtschaftliche und finanzielle Hilfe der Vereinigten Staaten allerdings unvermeidlich. Dieser Zwang fiel jedoch in dem Augenblick weg, da sich Westeuropa entschlösse, auf Kriegsvorbereitungen zu verzichten und die dadurch freiwerdenden Mittel für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die soziale Wohlfahrt zu verwenden. Kein Marshall-Plan wäre jetzt mehr nötig und damit auch keine amerikanisch geleitete Wiederherstellung des kapitalistischen Regimes mehr möglich, wie sie jetzt in vollem Gange ist. (Aprilheft 1949, S. 185ff.)